

Die polnische Armee

Eine Erklärung des polnischen Staatsoberhauptes
wib. Warschau, 21. Juli. (Drahtbericht.) Der vorläufige
Staatsrat im Königreich Polen wendet sich in Sachen des Ausbaues
des polnischen Heeres in einer Erklärung an die polnische
Bevölkerung. Es wird zunächst betont, daß der Staatsrat, der be-

Die endgültige Eidesform ist vor drei Monaten im Staatsrat
angenommen worden, ohne irgend einen Widerspruch zu finden, sei es
aus der Mitte des Staatsrates, sei es von außerhalb. (Nötig: Damit ist
gesagt, daß auch die jetzt aus dem Staatsrate ausgetretene Linke
geschloffen für diese Eidesform gestimmt hat.) Der vom Staatsrat
angenommenen Eidesform haben die Mittelmächte erst vor einigen Wochen
zugestimmt. Nachdem man zu gleicher Zeit die Erklärung der
österreichisch-ungarischen Regierung erhalten hatte, daß sie eine
Zurückziehung der österreichischen und ungarischen Untertanen aus
den Legionen nicht verlangt und nicht zu verlangen gedenkt, hat der
Staatsrat die aus dem Kongreß-Polen stammenden Offiziere und
Soldaten zur Ablegung des Eides aufgefordert, indem er darin den
ersten Schritt zur Bildung einer regulären polnischen Armee
erblickte.

Jetzt erklärt der Staatsrat ferner, daß diejenigen, die diesen Eid
geleistet haben oder noch leisten werden, ebenso wie die Patrioten,
die demnach die Reichen der Freiwilligen vermehren werden, in
militärischer Hinsicht zum Gehorham gegenüber ihren militärischen
Vorgesetzten verpflichtet sind. In politischer Hinsicht dagegen ist
ihre höchste nationale Pflicht der Staatsrat, der gegenwärtig der
einzige und anerkannte Vertreter des polnischen Volkes ist, das
besteht des Vaterlandes, dem sie Treue geschworen haben. Ferner
betont der Staatsrat, daß er, um die Bildung eines künftigen
polnischen Heeres nicht im gegenwärtigen Augenblick in den
Strudel eines Kampfes werfen will. Er erklärt aber ausdrücklich, daß
er seine Arbeit auf dem Wege zur allernächsten Bildung einer
nationalen Armee und einer nationalen Regierung, dieser ersten
Grundlage staatlicher Unabhängigkeit, fortsetzen und sofort an die
Organisation von polnischen obersten Staatsbehörden herantreten
wird.

Als gegenwärtig einzige Obrigkeit, die die politische
Stellungnahme der polnischen Nation festzuhalten befaht ist, und
als deren gegenwärtige politische Regierung" erklärt der Staatsrat
zum Schluß, daß das polnische Volk ein friedliebender Faktor zu
sein wünscht, der auf eine Beendigung der gegenwärtigen Kämpfe
hinwirkt und jedermann außerhalb Polens das Recht abspricht, mit
polnischem Blute zu wirtschaften. Bevor nicht die Nation selbst
durch einen allgemeinen Willen im Königreichschloß zu Warschau
verammelten Landtag die oberste Gewalt an sich nimmt, sind
ausschließlich die provisorischen Organe der polnischen Regierung,
die auf polnischem Boden in der Hauptstadt des Landes amlieren,
berechtigt und verpflichtet, das Volk dem von allen erprobten
Siele entgegenzuführen.

wib. Warschau, 21. Juli. (Drahtbericht.) In der
Gesamtsitzung des vorläufigen Staatsrats vom 18. Juli wurden alle
zur Uebernahme des Reichswesens durch polnische Behörden
unbedingt nötigen Vorlagen angenommen, ebenso das Budget für
Juli im Gesamtbetrag von 175.579,40 M. Bezüglich der
Sicherstellung der Ernährung der in den Legionen
wurde unter Anerkennung der Versorgungspflicht des
polnischen Staates der Antrag angenommen, den Invaliden ihrer
Verpflichtung entsprechende Stellen im Staatsdienst zu bieten.
An dem Bericht des geschäftsführenden Ausschusses ist
bemerkenswert, daß der Direktor der Abteilung für
Volkswirtschaft beauftragt wurde, einen
Vorschlag für das Zuckermopol auszuarbeiten.

Die Kriegsziele des österreichischen Flottenvereins

(z.) Wien, 22. Juli. (Drahtbericht unseres
Sonderberichterstatters.) Die Zensur gestattet nunmehr die
Veröffentlichung der Kundgebung, die auf der 12.
Generalversammlung des österreichischen Flottenvereins
beschlossen wurde. In dieser Kundgebung wird erklärt, daß
der Frieden die Möglichkeit geben müsse, sich auf der von der
Natur vorgesehenen, nach Südosten gerichteten Linie der
Adria und des Donauales weiter zu entwickeln. Der
Frieden müsse Österreich die Sicherheit bieten, daß
kein Regel italienischer Einflüsse über die Adria
vorgreife und vor den Donauumflungen kein solcher
russischer Einfluß bei politischem, strategischem und
wirtschaftlichem Abschluß des Krieges. Was die
österreichische Stellung in der Adria anlangt, so
strebe Österreich vor allem danach, daß weder
Valona noch Salona noch sonst ein Punkt der
adriatischen Ostküste in der Hand Italiens
verbleibe.
Albanien und Montenegro
als Staaten weiter bestehen, so müßte sich die
Monarchie an der Küste den Einfluß sichern, der im
Frieden und im Kriege den Anhang dieser
Küste durch feindliche Mächte ausschließen
würde, vor allem militärische Rechte in den
wichtigsten Punkten, an Antivari, Durazzo usw.
Albanien und Montenegro dürften als Staaten
nur dann bestehen, wenn sie mit der
Monarchie eine wirtschaftliche und militärische
Verbindung eingehen. Der Solorzen-See
müßte in der Hand Österreichs bleiben.

An der italienischen Grenze.
deren ungenügender Verlauf Trief bedroht,
müßte eine solche Grenzberichtigung eintreten, daß Teile mit dem
Hinterland künftig geschützt sei. Was die
Donau betrifft, wird gefordert, daß das
Donaudelta bei Belgrad ganz in österreichischen
Besitz komme, es müsse samt dem ganzen
rechten Ufer bis zum rechten Ufer des
Donauflusses gegen Semendria zur
Monarchie gehören. Sollte Serbien
staatliche Existenz aufrecht bleiben, so
darf ihm keinesfalls mehr als ein
schmales Streifen des Donauufers in der
Gegend von Semendria zufließen. Das
österreichische Gebiet über dem
Donauflusse soll nicht von rumänischem
Gebiet berührt werden. Der
österreichisch-ungarische Besitz auf dem
linken Ufer muß bis unterhalb
Turnawoerin vorgeschoben werden,
damit die Monarchie an die untere
Donau grenzt. Als Bedingung des
weiteren

Bestehens eines
serbischen und rumänischen
Staates muß gefordert werden,
daß diese Staaten schon bei
Friedensschluß durch die
Verzierung eines unferen
Interesses nicht feindlichen
Staatsoberhauptes und den
Abschluß bindender
langfristiger Vereinbarungen
militärischer, wirtschaftlicher
und politischer Natur mit
Österreich-Ungarn, ihren
ernsten Vorbehalt bewiesen,
künftig Hand in Hand mit
der Monarchie zu gehen.

\* Die Internierten- und Konfiszurationsaktionen in
Österreich sind, wie die „Zeit" erzählt, im Laufe der
Woche ausgebrochen und
eingezogen worden.

\* Der Sultan hat dem Generalleutnant von
Lindenburg den Militärorden mit Brillanten und
Schwertern und dem ersten
Generalquartiermeister von
Ludendorff den Osmanischen
I. Klasse mit Stern in Brillanten
und mit Schwertern verliehen.
Die beiden

Auszeichnungen haben
insfern eine ganz besondere
Bedeutung, als sie in dieser
Form mit Schwertern zum
ersten Male verliehen worden
sind.

Bethmann Hollwegs Abschied

© Berlin, 22. Juli. (Drahtbericht unserer
Sonderberichterstatter.) Die
Wörter enthalten sich heute
der Kombination über den
Wenigerwechsel und die
Neuordnung. Mit Recht. Denn
alle diese Dinge stehen auf
demselben Tisch wie gestern.
Der neue Kanzler ist, um sich
Freunde der „Wochenendserie".
Er hat sich gestern auf seinen
Landflug am Schornstein
begeben und kehrt erst morgen
früh vor dort zurück. Erst
morgen also werden die
Verhandlungen wieder
beginnen, die uns die
Neubeziehung der leitenden
Stellen in Preußen und im
Reich und die allmähliche
Neugestaltung bringen
sollen. Inzwischen hat Herr
von Bethmann Hollweg
Berlin verlassen und ist
nach seinem neu-
nährdischen Gut
Hohenfinow übergesiedelt.

wib. Berlin, 22. Juli. (Drahtbericht.) Der
Reichskanzler Dr. Michaelis
stiftete gestern Herrn von
Bethmann einen Abschiedsbesuch
ab.

wib. Berlin, 22. Juli. (Drahtbericht.) Im
Hause des Reichskanzlers
versammelten sich heute die
preussischen Staatsminister,
die Staatssekretäre und die
Unterstaatssekretäre der
Reichskanzlei und des
Staatsministeriums, um von
dem geschiedenen Reichskanzler
gemeinsam Abschied zu
nehmen. Der Vizepräsident des
Staatsministeriums,
Staatsminister von Treitenbach,
gab in bewegten Worten ein
Bild von dem Wirken des
scheidenden Staatsmannes; er
sprach den Dank des
Staatsministeriums für alles
aus, was er durch sein
überredendes Urteil und seine
stille Kraft für Preußen und
das Reich gewesen ist und
schloß mit den herzlichsten
Wünschen für seinen
ferneren Lebensweg. Herr von
Bethmann Hollweg erwiderte
in langer Ansprache mit
Worten wärmsten Dankes für
die Unterstützung, die ihm in
Jahren schwerer Arbeit von
den Staatsministern und
Staatssekretären zuteil
geworden ist, und mit dem
Ausdruck seiner Zuersticht an
dem glücklichen Ausgang
des Krieges. Er verabschiedete
sich dann durch Handschlag
von den Anwesenden. Kurz
nach 1 Uhr verließ Herr von
Bethmann Hollweg das
Reichskanzlerhaus, um sich
nach Hohenfinow zu
begeben.

Die Krise und der preussische Landtag

Der Führer der
nationalliberalen Landtagsfraktion,
Oberminister Dr. Friedberg,
veröffentlicht in der „Natl.
Korr." einen Aufsatz, der
sich in scharfen Worten gegen
den in bezug auf die
innerpolitische Neuordnung
getanen Schritte wendet, ohne
daß der preussische Landtag
überhaupt gehört wurde.
Allen Regeln des
Verfassungsliebens zum
Trotz sei bei der
Österreichischen Wahl vom 7.
April und bei der
Ankündigung des gleichen
Wahlrechts für Preußen die
Person des Königs
eingesetzt und die
geordnete Volksvertretung
rückstuflos ausgeschaltet
worden. Das gleiche
gelte von der
Parlamentarisierung:

Es ist selbstverständlich,
daß die Parlamentarisierung
der preussischen Regierung
lediglich unter
Mitwirkung des preussischen
Landtages durchgeführt
werden kann. Statt dessen
sehen wir, daß in gewissen
Reichstagskreisen über die
preussischen Ministerien
verfügt wird, als ob dies
eine Reichsangelegenheit
wäre. Man nennt
Namen von Personen, die
überhaupt nicht Mitglieder
der preussischen
Volksvertretung sind. Man
wird zugeben, daß das eine
ganz neue und
eigenartige Art der
Parlamentarisierung wäre.
Ob man auch in dieser
Frage mit dem
Innenminister, dem
Kanzler schon halb und
halb einig war,
entzieht sich meiner
Kenntnis. Manche
Symptome sprechen
dafür. Auch dabei
würde es sich um
eine Umgehung jeder
Fühlungsnahme mit
den preussischen
Fraktionen handeln, die
zu ihrem Erlaunen
als ihre
Vertrauensmänner
Herrn auf den
Ministerien
gelesen haben
würden, die sie
vielleicht in
letzter Linie in
Vorschlag
gebracht hätten.
Man hat ja wohl
die jetzige
Reichskanzlei
das parlamentarische
Regierungssystem
grundsätzlich
abgelehnt, er hat
sich aber damit
einermaßen erklärt,
daß Männer an
leitende Stellen
berufen werden,
die neben ihren
persönlichen
Eignungen auch
das volle
Vertrauen der
großen Parteien
und der
Volksvertretung
genießen". Er
hat sich damit
zu einer
Anschauung
bekannt, die
auch von der
nationalliberalen
Partei vertreten
wird, und der
auch ich in
einer Rede bei
der Beratung
des Etats des
Innen
Ausdruck
gegeben habe.
Will der
Reichskanzler
und
Ministerpräsident
mit dem
Kurs der
Mitachtung
der preussischen
Volksvertretung,
wie er durch
seinen
Vorgänger
innegehalten
wurde,
brechen, will er
die Fühlung
zwischen
preussischer
Regierung
und
preussischer
Landesvertretung
in wirksamer
Weise
herstellen, so
wäre ihm
dringend zu
raten, für die
Besetzung
leitender
Stellen in
Preußen sich
mit denjenigen
Instanzen in
Verbindung
zu setzen,
die ihn über
die
Vertrauensmänner
der Parteien
im
Abgeordneten-
haus
zutreffend
unterrichten
können. Er
könnte
sonst
selbst bei
der besten
Absicht die
Erfahrung
machen, daß
der Zweck,
den er
im Auge
hat, nicht
erreicht
wird.

Vorschläge des Handels zur Erfassung der neuen Getreideernte.

Man schreibt uns:
Die letzten
Verordnungen
auf dem
Gebiet der
Volksernährung,
die u. a. die
Gemeindung
von
Druschpönnen
und
Prämien
für
frühere
Ablieferungen
vorsehen,
bezeichnen
in erster
Linie, die
möglichst
vollständige
Erfassung
der
landwirtschaftlichen
Erzeugnisse
aus der
neuen
Ernte zu
ermöglichen.
In Kreisen
des Handels
ist man
überzeugt,
daß der
erwartete
Mehrerfolg
der
Maßnahmen
ausbleiben
wird.
Jamaal
wird der
Landwirt,
der
notwendig
Fruttermittel
braucht,
vorteilhafter
abschneiden,
wenn er
seine
gute
Getreide
um 27
Mk.
verkauft,
anstatt
abzuliefern
und
dafür
ausländische
Rieie
um 28
Mk.
einzukaufen.
Dabei
hat
der
in
Wagnern
ansässige
Handel
der
Regierung
empfohlen,
sich
zur
Zerstückelung
der
neuen
Getreideernte
der
Reichsgüter-
gesellschaft
München
zu
bedienen,
die
ja
andernfalls
durch
den
Ubergang
der
Verlebenswirtschaft
auf
die
Reichsgütergesellschaft
aufzulösen
wäre.
Die
Reichsgütergesellschaft
München
hatte
im
vergangenen
Wirtschaftsjahr
im
Gegensatz
zu
den
Kommunaleverträgen,
die
für
jeden
Bezirk
zu
einem
Kommissionär
bestellt
hatten,
den
gesamten
realen
Getreidehandel,
einschließlich
der
landwirtschaftlichen
Genossenschaften
zum
Einkauf
der
Getreide
in
Wagnern
zugelassen,
ohne
sie
auf
einen
bestimmten
Einkaufsbezirk
zu
beschränken.
Sie
hat
mit
dieser
Organisation
größere
Mengen
einkaulen
können,
als
die
Wirtschafts-
gesellschaft
erwarteten
lassen.
Der
Handel
schlägt
also
die
Umwandlung
der
Reichsgütergesellschaft
München
in
eine
allgemeine
bayerische
Getreidegesellschaft
vor.
Man
glaubt,
daß
die
bayerische
Regierung
den
Vorschlag
nicht
unbedingt
ablehnen
wird.
Für
diesen
Fall
ist
in
Auslicht
genommen,
auch
die
Früherorganisation
der
neuen
Stelle
zu
übertragen,
sowie
die
Kontrolle
über
sämtliche
Vorräte
in
altem
Getreide
zu
übernehmen.
Es
soll
damit
erreicht
werden,
daß
in
dieser
Ubergangszeit
nicht
mehr
Getreide
vermahlen
wird,
als
für
8
Tage
nötig
ist.
Hierdurch
wäre
die
Möglichkeit
gegeben,
daß
neue
Getreide
sofort
nach
der
Ernte
zusammen
vermahlen
mit
altem
Getreide
vermahlen
zu
können.
Ist
nämlich
das
vordrige
alte
Getreide
schon
vermahlen,
so
müßte
mit
der
alleinigen
Verwendung
des
neuen
Getreides
im
Interesse
der
Bausicherheit
länger
gewartet
werden.

© Berichtigung: In
unseren gestrigen
Artikel: „Zeichen der
Zeit" hat sich bei
der telephonischen
Uebersetzung ein
peinlicher
Hörfehler
eingeschlichen.
Es heißt da: „das
wird für die
Verdrücken, die
es haben und
drücken gibt...".
Das ist natürlich
Unfug, gemeint
sind „Verdrücken",
die es in beiden
Lagern gibt.
\* Aus der
nationalliberalen
Partei. Der
nationalliberale
Abg. Hausmann-
Hornel
komnte
dieser
Tage
auf
eine
23jährige
parlamentarische
Tätigkeit
zurückblicken.
Seit
dem
21.
Juli
1892
hat
er
ununterbrochen
den
Landtagswahlkreis
Hornel
im
preussischen
Abgeordnetenhaus
vertreten;
zweimal
hat
ihn
während
dieser
Zeit
sein
beimäthlicher
Wahlkreis
auch
in
den
Reichstag
enksandt.

Das Ringen um die Macht in Rußland

(z.) Kettzerdam, 22. Juli. (Drahtbericht.) Dem
Kleinen
Kaiserlichen
Kanzler"
wird
aus
Petersburg
vom
20.
Juli
gemeldet:
Das
Petersburger
Wort
„Sozialdemokrat"
veröffentlichte
ein
Dokument,
durch
das
Lenin
und
seine
Freunde
blöggestellt
werden
sollten.
Daraufhin
gerührte
eine
Menschenmenge
das
Bureau
des
Kleinen
Kanzlers
„Pravda".
Der
Petersburger
Arbeiter-
und
Soldatenrat
verlangt,
daß
Lenin
und
seine
Freunde
als
Landes-
verräter
verhaftet
und
vor
ein
Kriegsgericht
gebracht
werden.
Ueber
Petersburg
wurde
der
Belagerungs-
zustand
verhängt.

wib. Petersburg, 21. Juli. (Meldung der
Petersburger
Telegraphen-Agentur.)
Ministerpräsident
Fürst
Lwow
wurde
über
die
Gründe
seines
Rücktritts
befragt
und
erklärte:
Im
gegenwärtigen
Augenblick
glaube
ich
die
Gründe
meines
Rücktritts
nicht
mitteilen
zu
können.
Die
Regierung
ist
noch
nicht
gebildet,
und
erst
wenn
die
Krise
in
der
Regierung
beendet
sein
wird,
wird
man
erst
Einzelheiten
sprechen
können.

Nach
Mitteilungen
von
der
Regierung
nabestehender
Seite
ist
der
Rücktritt
des
Fürsten
Lwow
auf
Reinigungsverschieden-
heiten
mit
der
Mehrheit
der
Regierungsmitglieder
in
grundlegenden
Fragen
zurückzuführen,
nach
deren
Ansicht
Fürst
Lwow
der
verfassungsgemäßen
Versammlung
angehören
sollte.

(z.) Frankfurt a. M., 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die
„Frankf. Jg."
berichtet
aus
Petersburg,
daß
Fürst
Lwow
selber
Kerenski
als
Ministerpräsidenten
vorgeschlagen
hat.
Das
Kabinet
Kerenski
dementiert
die
Meldung
vom
Rücktritt
des
Generals
Polowzew,
des
Kommandanten
von
Petersburg.
Die
Minister
billigten
vollständig
die
Handlungen
des
Petersburger
Militärgouverneurs,
der
den
Umständen
durchaus
gerecht
wurde.

(z.) Frankfurt a. M., 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die
Petersburger
Telegraphen-Agentur
berichtet,
wie
die
„Frankf. Jg."
aus
Petersburg
erfährt,
daß
Kerenski
nach
Kewal,
Helsingfors
und
anderen
Orten
ein
Radiotelegramm
sandte
des
Inhalts,
daß
die
Angehörigen
von
Petersburg
unter
Mitwirkung
von
deutschen
Agenten
organisiert
worden
seien,
Hände
unumwunden
fest;
viele
seien
festgenommen.
Kerenski
wendet
sich
an
alle
echten
Söhne
der
Demokratie,
damit
sie
sich
um
die
provisorische
Regierung
scharren
und
das
Vaterland
vor
den
äußeren
Feinden
und
Helfershelfern
im
Innern
retten.

Nach
einer
weiteren
Meldung
der
Petersburger
Telegraphen-
Agentur
wurden
unter
den
Maximalisten
einzelne
Ver-
haltungen
vorgenommen.
Lenin
wurde
noch
nicht
entdeckt;
es
würde
aber
nicht
lange
dauern,
bis
man
seiner
habhaft
würde.

General Kornilow Oberbefehlshaber der Südwestfront

wib. Petersburg, 22. Juli. (Meldung der
Petersburger
Telegraphen-Agentur.)
General
Kornilow,
der
frühere
Militärgouverneur
von
Petersburg,
ist
an
Stelle
von
General
Gutow (?)
zum
Oberbefehlshaber
der
Südwestfront
ernannt
worden.

(z.) Köln, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die
„Köln. Jg."
berichtet
aus
Stocholm:
Das
Moskauer
Angehörige
Lwow"
läßt
sich
vom
Kriegs-
ausgang
messen,
daß
trotz
der
glänzenden
offensiven
Vorbereitung
das
erwartete
Ziel
der
Offensive
nicht
erreicht
worden
sei.
Man
sehe
sich
klar,
daß
die
Ursache
dieses
Miß-
erfolges
die
mangelnde
Umlicht
der
höheren
russischen
Führung
sei,
da
diese
sich
nicht
absolut
auf
ihre
Truppen
verlassen
zu
können
glaubt.
Man
spricht
bereits
davon,
daß
Kerenski
die
nicht
bedeutenden
Führer
durch
andere
zu
ersetzen
beabsichtigt.
Auch
im
Mos-
kauer
„Utro Rossii"
wird
mit
großer
Offenheit
gesagt,
daß
die
Meldungen
des
Hauptquartiers
nicht
das
Bild
der
Operationen
zeige,
das
man
mit
Ungeheuer
erwarte.
Was
Rinsh
werden
schwere
Unbequemlich-
keiten
infolge
von
Pflanzungen
durch
Kofaken
gemeldet.

(z.) Wien, 22. Juli. (Drahtbericht unseres
Sonder-
berichterstatters.) Der
Stocholmer
Korrespondent
der
„Neuen
Freien
Presse"
hatte
eine
Unterredung
mit
dem
freigegebenen
Metropolit
Graf
Szeptycki,
den
er
fragte:
„Welche
Eindrücke
bringen
Sie
von
Petersburg
mit?"
Szeptycki
sagte:
„Ich
habe
dort
große
Demo-
strationen
für
den
Frieden
miterlebt.
Der
Gelegen-
heit
hatte,
zu
sehen,
wie
in
Rußland
für
den
Frieden
agitiert
wird,
kann
unmöglich
glauben,
daß
es
noch
lange
so
weitergehen
kann.
Eine
Demonstration
sah
unter
dem
Vorwand
einer
Pro-
pferammlung
statt,
wobei
mehr
als
20.000
Soldaten
demonstrieren.
Jedem
Soldaten
ist
es
eingepaukt
worden,
daß
es
sich
nur
um
eine
kurze
Friedensoffensive
handelt,
wodurch
sie
zum
letzten
Opfer
zugunsten
des
Friedens
ermutigt
werden,
auch
bei
Erfolg
der
Offensive
wäre
die
Kriegsbegeisterung
nicht
mehr
aufgestachelt
worden."

Die russische Nationalversammlung

(z.) Stockholm, 21. Juli. (Drahtbericht unseres
Sonder-
berichterstatters.) Unter
dem
Druck
der
Arbeiter-
und
Soldaten-
räte
hat
die
einstweilige
Regierung
die
Einberufung
der
Nationalversammlung
auf
einen
früheren
Termin
festgesetzt
und
als
Eröffnungstag
endgültig
den
14.
Oktober
n.
St.
bestimmt.
Als
Wahltag
ist
der
30.
September
festgesetzt,
sowie
die
Distrikts-
und
Kommunalebehörden
und
angeordnet,
sowie
mit
der
Ausstellung
der
Wahllisten
zu
beginnen
und
alle
Vorbereitungen
für
den
Wahltag
zu
treffen.

Mit
sofortiger
Wirksamkeit
hat
die
einstweilige
Regierung
die
Einberufung
einer
außerordentlichen
Kriegssteuer
für
alle
Ein-
kommen
über
10.000
Rubel
bestimmt,
wobei
die
Stellung
bis
zu
30
Proz.
geht.
Außerdem
wurde
beschlossen,
alle
Mitglieder
des
Hauses
Romanow
zur
Einkommen-
und
Kriegsgemeinnäher
heranzuziehen.

Feindliche Heeresberichte

Englischer Heeresbericht vom 21. Juli nachmittags. Am
Ordnland-
Hügel, nördlich von Rouy, südwestlich von La Bassée und südlich von
Armentières, wurden erfolgreiche Streifen durchgeführt und wurde in
den deutschen Stellungen auf breiter Front eingedrungen. Feindliche
Angriffe nördlich von Walde von Haarcourt und südlich von Armentières
wurden abgelehnt.

Erzählung zum russischen Heeresbericht vom 20. Juli. Am 19. Juli,
gegen 9 Uhr, als der Feind die Offensive ergriff und sich der Höhe südlich
von Dorje Nowica, südlich von Katus bedemähtigte, begann eines
unserer Regimente sich zurückzuziehen. Der Befehlshaber in diesem
Kampfschnitt, Generalmajor Fürst Gogarin, der die kritische Lage
sah, ließ sofort ein vom Hauptmann Vorapin befehligtes Bataillon
des Regiments Vouagnon vorgehen, das kräftig angriff. Gleichzeitig
ließ Fürst Gogarin zu beiden Seiten der vorgehenden Infanterie kaukasische
Kavallerieregimenter aufmarschieren. Mit glänzendem Schneid
wurden diese Regimenter zum Angriff vor und zogen das zurück-
weichende Regiment mit sich. Das allgemeine Draufgehen warnte die
Lage sofort zu unseren Gunsten. Der vorrückende Feind stürzte in
Unordnung, und unsere frühere Lage wurde wiederhergestellt. Die glän-
zende Tätigkeit der Artillerie in diesem Abschnitt trug zu dem entschei-
denden Erfolg des Angriffs bei.

Rumänische Front: Gemischter Verlauf.
Aukassusfront: Wiederholte Versuche
unbedeutender türkischer Ab-
teilungen, unsere Abteilungen
südwestlich von Gamaßchane anzu-
greifen, wurden durch Feuer abgewiesen.

Luffdienst: Bei Dnabura wurde ein
vom Fliegerleutnant Mirg-
lode befehligtes
Luftschiff von einem feindlichen
Flanzen angegriffen und zur
Landung in unseren Stellungen
gezwungen. Der Flieger wurde
leicht verletzt. Der Apparat
wurde von fünf Angeln durchbohrt.

Rumänischer Heeresbericht vom 19. Juli: An
der Westgrenze der
Walden versuchte der Feind,
sich in der Nacht unseren
Stützpunkten zu nähern. Im
Trossale wurde er durch
Gemeinschaft abgewiesen. Im
Distrale wurde ein feindlicher
Panzerstand durch eine
unserer Patrouillen zerstört.
Im Putna-Abschnitt beschloß
der Feind, den Bahnhof von
Maraschi. Am
Strech
Artillerie-
leistung im
Abschnitt
Cura-
Monest-Cornul.